

Das Menschenrecht auf Nahrung als entscheidendes Instrument für eine Welt ohne Hunger

Berlin, 15.10.2024

Der 16. Oktober ist Welternährungstag und dieses Jahr gleichzeitig das 20. Jubiläum der UN-Leitlinien zum Recht auf Nahrung. Obwohl es seit 20 Jahren einen Leitfaden für Staaten zur Umsetzung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung gibt, nimmt die Zahl derer, denen dieses Recht verwehrt bleibt, zu. Angesichts dieser desaströsen Entwicklung erwartet die Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung (AG L&E) des Forum Umwelt und Entwicklung von der deutschen Bundesregierung, sich vehementer für die weltweite Überwindung von Hunger einzusetzen.

Laut Welternährungsorganisation FAO leiden heute weltweit rund 733 Millionen Menschen und damit jeder elfte Mensch auf der Welt an chronischem Hunger. Über zwei Milliarden Menschen befinden sich in mittlerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit - das heißt, diese Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu ausreichend Nahrung oder müssen zeitweise über einen Tag oder länger gänzlich ohne Nahrungsmittel auskommen. Das sind fast 30 Prozent der Weltbevölkerung und 776 Millionen Menschen mehr als noch vor zehn Jahren!

Dazu sagt Jan Dreier von FIAN Deutschland: *“Die Hungerproblematik ist durch bloße Willensbekundungen nicht in den Griff zu bekommen. Regierungen und Unternehmen der Agrarindustrie müssen Verantwortung übernehmen und verantwortlich gemacht werden. Das Recht auf Nahrung muss in der nationalen und internationalen Ernährungspolitik tatsächlich Anwendung finden. Dabei besteht auch in Deutschland Nachholbedarf. Die Bundesregierung sollte ihre Ressorts, vor allem das BMZ und BMEL, stärker zusammenwirken lassen und ihre Ernährungspolitik kohärent zu den Empfehlungen des UN-Welternährungsschuss zum Recht auf Nahrung ausrichten.”*

*“Unabdingbar ist dabei, dass die Stimmen der von Hunger am stärksten betroffenen Menschen wie Kleinbäuerinnen und -bauern, Fischer*innen und Indigene im Zentrum aller Lösungsansätze stehen und sie ihre Anliegen direkt an die politischen Entscheidungsträger*innen richten können”,* ergänzt Josephine Koch vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Die Mitglieder der AG L&E haben ein Positionspapier mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der deutschen Politik zum Recht auf Nahrung erarbeitet, das am morgigen 16.10. auf www.forumue.de veröffentlicht wird.

Die AG Landwirtschaft und Ernährung ist eine beständige Arbeitsgruppe des Forum

Umwelt und Entwicklung, in der sich Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen mit nationaler und internationaler Agrar- und Ernährungspolitik auseinandersetzen. Mehr Informationen unter: www.forumue.de

Pressekontakt

Jan Dreier, j.dreier@fian.de, +49 (0) 221-47449110, Referent Recht auf Nahrung, FIAN Deutschland

Josephine Koch, koch@forumue.de, +49 (0) 30 678 1775 74, Co-Koordinatorin der AG L&E, Forum Umwelt und Entwicklung

Lutz Depenbusch, lutz.depenbusch@misereor.de, +49 (0) 241 442-903, Co-Koordinator der AG L&E, Referent für Landwirtschaft und Ernährung, Misereor